

Von pluralistischen Visionen und radikalen Demokratien

Die Klimaaktivistinnen Katharina Rogenhofer und Lena Schilling
im Gespräch mit Theresa Adamski¹

Was ursprünglich als Gespräch zu dritt geplant war, führte aufgrund von terminlichen Schwierigkeiten zu zwei Einzelinterviews, die ich im Juni 2023 im Arkadenhof der Universität Wien zunächst mit Katharina Rogenhofer und dann mit Lena Schilling geführt habe. Themen waren ihr Umgang mit Radikalitätsbegriffen, die Räume und Aktionsformen ihrer Bewegungen und die Relevanz des Zeitlichen. Katharina Rogenhofer und Lena Schilling sind Aktivistinnen einer weltweiten Klimabewegung, die ökologische mit gesellschaftspolitischen Forderungen verknüpft. Fridays for Future bzw. School Strike for Climate (benannt nach den medial aufsehenerregenden Protestaktionen der Schwedin Greta Thunberg 2018) spielten für beide eine zentrale Rolle in ihrer aktivistischen Laufbahn. Nach ihrer Teilnahme an der UN-Klimakonferenz in Katowice 2018 beschloss Katharina Rogenhofer gemeinsam mit anderen dort anwesenden Aktivist*innen, Fridays for Future auch in Österreich zu etablieren. Von 2019 bis 2022 war sie Sprecherin des österreichischen Klimavolksbegehrens.² 2021 publizierte sie gemeinsam mit Florian Schlederer (ebenfalls Aktivist bei Fridays for Future und im Team des Klimavolksbegehrens) das Buch *Ändert sich nichts, ändert sich alles*,³ in dem die beiden die Dringlichkeit klimapolitischen Handlungsbedarfs auch aus wissenschaftlicher Perspektive beleuchten. Rogenhofer studierte Biologie in Wien und Biodiversity, Conservation and Management in Oxford und ist aktuell Mitglied des Universitätsrats der Universität für Bodenkultur Wien. Lena Schilling ist ebenfalls eine zentrale Protagonistin der österreichi-

DOI: <https://doi.org/10.25365/oezg-2024-35-1-8>



Katharina Rogenhofer, Universitätsrat der Universität für Bodenkultur Wien, Gregor-Mendel-Straße 33, 1180 Wien, Österreich; k.rogenhofer@boku.ac.at

Lena Schilling; lana.ats@gmx.at

Theresa Adamski, c/o Institut für Geschichte, Universität Wien, Universitätsring 1, 1010 Wien, Österreich; theresa.adamski@univie.ac.at

- 1 Die Interviews wurden transkribiert von Theresa Adamski und Michaela Neuwirth.
- 2 Das österreichische Klimavolksbegehren konnte von 22. bis 29. Juni 2020 unterschrieben werden; Infos unter <https://klimavolksbegehren.at/>.
- 3 Katharina Rogenhofer/Florian Schlederer, *Ändert sich nichts, ändert sich alles. Warum wir jetzt für unseren Planeten kämpfen müssen*, Wien 2021.

schen Fridays-for-Future-Bewegung. Sie ist Gründerin des Jugendrats, der 2021 die Besetzung der Baustelle des Lobautunnels in Wien initiierte,⁴ und war Sprecherin der Initiative Lieferkettengesetz Österreich, die mehr Transparenz, die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards sowie die Haftung bei Gesetzesverstößen an allen Punkten globaler Lieferketten fordert.⁵ In ihrem Buch *Radikale Wende* (2022)⁶ schreibt sie über die Vielfalt der Aktionsformen der Klimabewegung, über deren historische Vorbilder und die Notwendigkeit eines radikalen Umdenkens und Handelns. Sie studiert Politikwissenschaften an der Universität Wien.

Interview mit Katharina Rogenhofer

Theresa Adamski: Du warst von 2018 bis 2022 Sprecherin des österreichischen Klimavolksbegehrens, bist aber weiterhin klimapolitisch aktiv. Inwiefern hat sich deine Arbeit verändert?

Katharina Rogenhofer: Ich habe mit Juni 2022 die Sprecher*innenfunktion des Klimavolksbegehrens weitergegeben, und das war gut, denn in der Bewegungsarbeit – und wahrscheinlich in jeder Form von Aktivismus – tendieren Menschen, die ein Thema besonders wichtig finden, dazu, über die eigenen Grenzen zu gehen. Ich habe diese Funktion vier Jahre lang quasi 24/7 ausgefüllt. Im polit-medialen Kontext kann man am Wochenende nicht einfach abschalten, es rufen laufend Journalist*innen an und man bekommt fünfzehn neue Terminanfragen rein, die sich nicht richtig ausgehen. Seit dem Ende meiner Arbeit beim Klimavolksbegehren habe ich vor allem Vorträge und Workshops zu Klimathemen gemacht. Die Nachfrage ist groß, und dennoch habe ich es geschafft, im vergangenen Jahr kaum mehr als dreißig Stunden pro Woche zu arbeiten. Ich merke, wie ich jetzt wieder Kraft habe und die Lust auf inhaltliche Themen wiederkommt. Die Arbeit im polit-medialen Umfeld ist sehr zehrend und hat leider oft wenig mit Werten und inhaltsgetriebenen Debatten zu tun. Ganz viel ist Interessens- und Abtauschpolitik. Ende Jänner 2024 starte ich ein neues Projekt und gründe mit anderen gemeinsam ein Klima-Institut,⁷ das sich vor allem der Frage widmen soll, warum im Klimaschutz zu wenig weitergeht. Ob politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Entscheidungen getroffen – oder, wie in der Klimakrise häufig, eben *nicht* getroffen – werden, hängt sehr wenig von den physikalischen Fakten ab. Warum wir über bestimmte Klima-

4 Informationen zu den Protesten sind u.a. auf der Website der Initiative „Lobau bleibt“ zu finden: <https://lobaubleibt.at/>.

5 <https://www.lieferkettengesetz.at/>.

6 Lena Schilling, *Radikale Wende*. Weil wir eine Welt zu gewinnen haben, Wien 2022.

7 Institut für klimapolitische Fragen „Kontext“: <https://kontext-institut.at>.

themen und Lösungen sprechen und über andere nicht, wer Maßnahmen setzen könnte und warum das nicht passiert, welche Interessen und Machtverhältnisse eine Klimawende erschweren, was hinter verschlossenen Türen besprochen wird oder welche Glaubenssätze, Ausreden und berechtigte Ängste vom Handeln abhalten – all das wollen wir beleuchten. Diese Hintergründe aufzuzeigen und in den Medien zu diskutieren, ist ein essenzieller Schritt gegen Fehlinformation, für mehr Transparenz und Klarheit in klimapolitischen Fragen.

Adamski: Zu welchem Stand hast du das Klimavolksbegehren 2022 verlassen? Was hat sich in der Zwischenzeit getan?

Rogenhofer: Was wir mit dem Volksbegehren erreicht haben, ist, die Forderungen der Wissenschaft, aber auch die Forderungen der Bewegung ins österreichische Parlament zu tragen. Ab 100.000 Unterschriften muss ein Volksbegehren im Parlament behandelt werden, mehr leider nicht – ein Volksbegehren ist daher ein ziemlich schwaches Mittel der direkten Demokratie, aber das einzige, das wir haben. Mit 380.590 Unterschriften konnten wir die Mindestkriterien weit übertreffen. Unsere Forderungen wurden dann in vier verschiedenen Sitzungen behandelt: dreimal im Umweltausschuss, einmal im Nationalrat. Und es wurde auch ein Antrag beschlossen, mit Stimmen von NEOS, ÖVP und Grünen, der einige unserer Forderungen enthält. So ein Antrag ist aber mehr oder weniger ein sehr formalisierter Wunschzettel an die Bundesregierung. Das heißt, es steht trotzdem noch immer offen, wer was wann wie umsetzt. Zwei Punkte wurden mittlerweile ganz umgesetzt: Das eine war die Forderung nach einem Klimarat der Bürger*innen auf Bundesebene. Allerdings fühlen sich leider nicht alle Ministerien dafür verantwortlich, die wirklich tollen und ambitionierten Forderungen der Bürger*innen auch umzusetzen bzw. zumindest darauf zu reagieren. Das zweite ist eine CO₂-Bepreisung, die aber noch immer zu niedrig angesetzt ist, um damit einen Lenkungseffekt zu erzielen. Was nicht vergessen werden darf: Auch die Forderung nach Klimaneutralität 2040 kam als allererstes von uns. Sie wurde dann im Zuge der Regierungsbildung auch zum tatsächlichen nationalen Ziel, und das war wohl unser größter Erfolg. Wichtige Punkte zur Erreichung dieses Ziels wie das Klimaschutzgesetz fehlen aber leider weiterhin, und auch für die landesweit 900.000 Gasheizungen gibt es kein Ablaufdatum.

Adamski: Wie kann ich mir die Zusammenarbeit in so einem Kontext vorstellen? Du warst ja vorher schon aktiv, unter anderem bei Fridays for Future, und bist als Sprecherin für das Klimavolksbegehren angeworben worden. Wie war dein Einstieg dort, konntest du auf vorhandenen Netzwerken aufbauen?

Rogenhofer: Ich war damals bei Fridays for Future sehr aktiv und habe auf Twitter gesehen, dass die niederösterreichische grüne Politikerin Helga Krismer ein Kli-

mavolksbegehren initiiert. Ich fand es nicht gut, dass diese wichtige Initiative von einer politischen Partei ausgeht, und habe ihr das über Twitter geschrieben. Wir haben uns dann getroffen und nach mehreren Treffen hat sie entschieden, das Volksbegehren der „Zivilbevölkerung“ zu übergeben. Und mit „Zivilbevölkerung“ war in dem Fall scheinbar ich gemeint. Ich habe es dann auch gemacht und ehrlicherweise nicht genau gewusst, was auf mich zukommt. Da ich vollkommen unabhängig von Parteistrukturen agieren wollte, bin ich am Anfang mehr oder weniger alleine dagestanden. In den ersten zwei Monaten habe ich ein Team aufgebaut, teilweise aus Leuten von Fridays for Future, die ich schon kannte, aber auch sehr vielen neuen, motivierten Menschen. Das war ein großer Lernprozess für mich. Ich hatte Zoologie studiert und brachte kaum Erfahrung im Organisationsaufbau – dem Zusammenstellen von Teams, der Koordination von Freiwilligen, der Definition von Arbeitsprozessen für Presse- und Social-Media-Arbeit, Websitebetreuung und Aktionen – mit. Vieles war für mich und alle anderen learning by doing.

Adamski: Du hast vorhin den Begriff „die Bewegung“ verwendet. Wer ist „die (Klima-) Bewegung“?

Rogenhofer: „Die Bewegung“ ist für mich ein bunter Blumenstrauß an verschiedenen Werkzeugen, die in die Hand genommen werden, um eine gemeinsame Problemstellung anzugehen. Da gibt es zum Beispiel Fridays for Future, die vermutlich eine der bekanntesten Gruppen in der Bewegung ist und Streiks und Proteste initiieren, aber sich auch anderer Aktionsformen bedienen, um für mehr Klimaschutz zu kämpfen. Außerdem sind da noch die Letzte Generation und Extinction Rebellion, die eher zivilen Ungehorsam anwenden, um ihre Ziele zu verfolgen. Aber es gibt auch ältere Gruppen wie System Change, not Climate Change!, eine Initiative, die 2015 von verschiedenen zivilgesellschaftlichen regionalen Organisationen in Österreich gegründet wurde. Und ich zähle auch Initiativen wie das Klimavolksbegehren dazu, die eher den direktdemokratischen Weg über Volksbegehren oder Petitionen gehen. All diese ‚Werkzeuge‘ sind für mich insgesamt die Klimabewegung.

Adamski: Du schreibst in deinem Buch Ändert sich nichts, ändert sich alles über die Wichtigkeit von Partizipation, von Selbstermächtigung – du forderst die Menschen auf, sich auszutauschen, mitzumachen, auch auf internationaler Ebene. Wie ist, deiner Erfahrung nach, die Bereitschaft der Bevölkerung mitzumachen?

Rogenhofer: Ich habe, so wie sehr viele, die sich mit Umweltthemen beschäftigen, zunächst bei mir selbst angefangen. Die Erzählung verschiedener Interessensgruppen ist ja, dass wir als Konsument*innen selbst verantwortlich sind, etwas zu tun. Ich bin mit 16 Vegetarierin geworden, bin weniger geflogen, habe Konsumgüter eingespart und so weiter. Ich habe aber gemerkt, dass die Lösungsvorschläge, die

angeboten werden, in keinem Verhältnis stehen zu der großen Bedrohung, der globalen Krise, die ich später auch aus wissenschaftlicher Perspektive kennengelernt habe. Da war eine Dissonanz für mich zwischen den Lösungen, die mir angeboten wurden, und dem riesigen globalen Problem. In der Bewegung aktiv zu werden, hat mich aus dieser Ohnmacht herausgeholt. Beim ersten weltweiten Klimastreik am 15. März 2019 gingen in mehr als hundert Ländern Menschen auf der Straße. In Wien waren wir 25.000 und in Österreich mehr als 30.000. Da hatte ich das erste Mal das Gefühl, dass es eine globale Antwort auf eine globale Krise gibt. Bei jeder Aktion sind neue Leute dazugekommen, die auch einen Weg gesucht haben, etwas beizutragen. Das Mächtigste, das jede*r Einzelne tun kann, ist, nicht einzeln zu bleiben. Ich denke, der Schritt ins gesellschaftspolitische Tun ist für viele eine Erleichterung, weil es im besten Fall ermächtigt, über die individuellen Alltagsentscheidungen hinaus wirksam zu werden: Das kann durch Bürger*inneninitiativen, Petitionen, Volksbegehren und Bewegungen der Fall sein, Menschen können gemeinsam Briefe an die Bundesregierung schreiben, Gespräche mit dem*der Bürgermeister*in der Gemeinde suchen oder zum*zur Chef*in des eigenen Unternehmens gehen und fragen, was denn das Unternehmen macht, um bis 2040 klimaneutral zu sein. Aber es wird einem häufig nicht leicht gemacht. Menschen in Österreich, wahrscheinlich auch international, sind neben Wahlen kaum in politische Prozesse eingebunden. Bürger*innenräte, Befragungen, Workshops, all das ist noch eher rar. Ich habe auch beim Volksbegehren gemerkt, dass sich viele Menschen einfach nicht mehr gehört fühlen. Es herrscht ein Demokratieverdross, das Vertrauen in Institutionen nimmt stetig ab. Menschen werden dadurch weniger aktiv, weil sie denken, dass sie nichts machen können, nicht gehört werden. Und teilweise haben sie angesichts der vielen Korruptionsfälle und der Freunderlwirtschaft auch recht. Doch je weniger wir aktiv werden, desto weniger werden wir auch eingebunden – ein Teufelskreis.

Was mir jedoch Hoffnung gibt, ist, dass in vielen Umfragen eine große Mehrheit das Thema Klima und Umweltschutz wichtig findet. Wenn ich in Gemeinden Vorträge halte, merke ich, dass sich die Fragen verändert haben. Es geht nicht mehr nur darum, ob die Klimakrise wirklich so schlimm oder ob sie menschengemacht ist. Jetzt werden vermehrt Fragen gestellt wie: Was können wir tun? Was kann ich tun? Wie können wir beitragen? Warum macht die Politik zu wenig? Ich spüre, es ist ein Nährboden da – und den müssen wir nutzen und die Menschen ins Tun bringen.

Adamski: Inwiefern sind soziale Herkunft und Geschlecht relevante Kategorien in der Klimabewegung? Wer macht mit? Und wer ist von den Auswirkungen des Klimawandels am stärksten betroffen?

Rogenhofer: Ich fange mal mit dem zweiten Teil der Frage an, weil der relativ einfach zu beantworten ist. Global ist es so, dass die reichsten zehn Prozent der

Bevölkerung für fünfzig Prozent der Treibhausgasemissionen verantwortlich sind und die ärmsten fünfzig Prozent nur für zehn Prozent. Diese Schieflage, was die Verantwortung für die Klimakrise betrifft, gibt es auch bei Unternehmen, denn nur hundert Unternehmen weltweit sind für siebzig Prozent der Treibhausgasemissionen zuständig. Das sind meistens fossile Konzerne. Auch in Österreich ist es so, dass die reichsten zehn Prozent sechs- bis siebenmal so viel Treibhausgasemissionen ausstoßen wie das ärmste Zehntel. Aber wir haben auch eine Schieflage in die andere Richtung, was die Betroffenheit durch die Klimakrise betrifft. Die ärmsten Menschen der Welt sind am meisten davon betroffen. Auch in Österreich sind Menschen, die in schlecht bezahlten Berufen arbeiten, die zum Beispiel am Bau der Hitze ausgesetzt sind, oder Menschen, die in schlecht gedämmten Wohnungen wohnen, viel exponierter. Die Betroffenheit hat also sehr viel mit sozialer Herkunft zu tun.

Dasselbe gilt auch für Geschlecht. Einerseits in Überlappung mit allen Kategorien, die ich vorhin genannt habe, weil Frauen mehr von Altersarmut betroffen und finanziell meistens sehr viel schlechter gestellt sind. Andererseits auch in globaler Perspektive. Viele Aktivist*innen aus afrikanischen Ländern betonen wiederholt, dass Frauen, weil sie oft für die Versorgung der Familie zuständig sind, auch stärker von der Klimakrise betroffen sind. Ein gutes Beispiel ist das Wasserholen. Wenn es sehr viele Dürreperioden gibt, dann ist möglicherweise der nächsten Brunnen, von dem das Wasser geholt wird, ausgetrocknet. Das bedeutet, Frauen müssen zum Wasserholen viel längere Wege zurücklegen und dadurch mehr Gefahren auf sich nehmen. Sie sind auch meistens die, die mit der Familie vor Ort bleiben, wenn die Männer in die Städte ziehen, um dort Geld zu verdienen, weil es aufgrund der Hitze vor Ort nicht mehr möglich ist, von Subsistenzwirtschaft zu leben – sie müssen dann irgendwie über die Runden kommen.

Nun zu denen, die in der Klimabewegung engagiert sind. Abgesehen von der Frauenbewegung waren Protestbewegungen sehr oft von Männern dominiert. Die Klimabewegung ist eine der wenigen, an deren Spitze viele Frauen stehen, die außerdem medial sehr präsent sind. Mittlerweile gibt es auch Erhebungen von Protesten und Demonstrationen, die ergeben haben, dass bis zu 60 Prozent der Teilnehmenden Frauen sind. Was die soziale Herkunft betrifft, sind die Proteste noch sehr unausgewogen. Ich weiß aber nicht, ob es das Ziel sein soll, dass bei Demonstrationen Personen mit verschiedenen sozialen Hintergründen gleichermaßen repräsentiert sind. Ich denke, wir müssen bis zu einem gewissen Grad unsere Privilegien nutzen: beispielsweise, dass mein Beruf mit Aktivismus vereinbar ist oder ich mehr Zeit habe, weil ich keine alleinerziehende Mutter bin, oder weil ich Schüler*in bin und kein Lehrling und deshalb keine Angst haben muss, rausgeschmissen zu werden. Wir dürfen allerdings die verschiedenen Lebensrealitäten nicht ausblenden, müs-

sen den Dialog mit verschiedenen Personengruppen suchen, Möglichkeiten finden, sich außerhalb der Streiks einzubringen und mit Interessensvertretungen und Menschen verschiedener Hintergründe zusammenarbeiten, um unsere blinden Flecken zu beseitigen. Ich denke, wir sind verantwortlich dafür, auch für die laut zu sein, die nicht am Protest teilnehmen können.

Adamski: In deinem Buch bin ich auf den Begriff der Vision gestoßen. Du schreibst, dass es den Menschen ad hoc an einer Vision fehlt, also einer Vorstellung davon, wie die Zukunft aussehen kann. Was bedeutet der Begriff für dich?

Rogenhofer: Eine gemeinsame Vision kann einen Sog entfalten und die Lust auf etwas, das noch nicht da ist, wecken. Das ist ein wichtiges Gegengewicht für die Angst vor dem Ungewissen. Diese Angst wird von vielen Gegner*innen des Klimaschutzes genutzt. Sie sagen: „Es wird sich alles ändern, du wirst auf alles verzichten müssen, es wird dann ganz viele Verbote geben, die dich einschränken“ etc. Wenn man aber diese ungewisse Zukunft mit etwas auflädt, das sogar besser oder lebenswerter sein kann – wenn wir an eine Zukunft denken, in der wir nicht abhängig sind von Erdöl und Erdgas fördernden Ländern wie Kasachstan, Russland und Saudi-Arabien, sondern unsere Energie vor Ort produzieren, in der wir Flüsse und Ökosysteme erhalten, damit unsere Kinder noch im Wald spazieren gehen und draußen spielen können, in der wir auf die Straße treten und frische Luft einatmen und der Lärmpegel viel geringer ist, es Grünflächen in den Städten gibt, in der wir öffentlichen Raum haben, um uns zu treffen, in der Märkte stattfinden, auf denen lokal produziertes Essen angeboten wird –, dann könnte das ein positiver und konstruktiver Gegenentwurf sein. Ich glaube nicht, dass es die eine Vision gibt, die für jeden und jede stimmt. Aber wir sollten versuchen, greifbar und erlebbar zu machen, wo wir als Gesellschaft hinwollen, welche Welt wir unseren Kindern hinterlassen wollen. Das brauchen wir zur Selbstermächtigung. Wenn ich nur Angst habe vor einer ungewissen Zukunft, dann ist es bequemer, im Sessel sitzen zu bleiben und zu denken: „Na ja, so schlimm ist es eh grad nicht, mach mal lieber nix, dann bleibt es so, wie es ist“. Das ist aber ein Trugschluss, denn wenn wir nichts ändern, dann ist eine katastrophale Entwicklung gewiss. Wir können alle dazu beitragen, dass die Zukunft eine gerechtere, eine bessere und eine lebenswertere wird.

Adamski: Braucht es radikale Visionen von der Zukunft bzw. darf es radikale Visionen von der Zukunft geben?

Rogenhofer: Ich denke, es braucht sehr radikale Visionen, mit denen auch nicht alle mitkönnen, um überhaupt mal ein Denkfenster aufzumachen: Was wäre, wenn wir es wirklich schaffen würden, eine andere Art von Wirtschaft aufzubauen? Was

wäre, wenn in allen Bereichen tatsächlich Gleichberechtigung herrschen würde? Wir wissen, dass die Art und Weise, wie Kapitalismus derzeit funktioniert, nicht zielführend ist. Wir wissen aber auch, dass andere Wirtschaftsentwürfe in der Realität bis jetzt oft nicht funktioniert haben. Insofern wird es eine neue Art der Wirtschaft brauchen, und ich habe keine Ahnung, wie diese aussehen könnte. Vor allem da braucht es also radikale Utopien, die das zu Ende denken und neue Gesellschaftsentwürfe vorlegen. Zusätzlich braucht es Mini-Utopien, die sich überlegen, wie kann es in den nächsten drei, vier, fünf Jahren realistischweise ausschauen, um da auch den Möglichkeitsraum zu öffnen.

Adamski: Zum Abschluss: Was ist radikal, was heißt „radikal sein“ für dich?

Rogenhofer: Ich persönlich spiele oft mit dem Begriff, denn es gibt meiner Einschätzung nach in der Klimabewegung zwei verschiedene Arten, wie damit umgegangen wird. Einerseits wird radikal oft gleichgesetzt mit verrückt, übersteigert oder vollkommen realitätsfern. In der öffentlichen Wahrnehmung ist dann die Rede von „diesen radikalen Klimaaktivisten“. Das Wort wird benutzt, um Aktivist*innen als realitätsfern, absurd im Denken usw. darzustellen. Ich versuche, das manchmal umzudrehen und sage: Was ist denn radikaler als die Leute, die zwar von der Gefahr wissen, aber nicht handeln? Etwa Personen oder Unternehmen, die sogar noch dagegenreden, wie der Mineralölkonzern Exxon, der schon seit Jahrzehnten Studien in der Schublade hatte, aber nichts unternommen hat, der die Politik bremst, Anti-Klima-Think-Tanks gründet, um Zweifel zu sähen. Was ist denn radikaler als das Nichthandeln angesichts der Klimakatastrophe? Andererseits finde ich Radikalität schon wichtig, weil wir von einer Transformation sprechen, die nicht durch kleine Schritte herbeigeführt werden kann. Das wäre vielleicht noch vor fünfzig Jahren möglich gewesen, aber jetzt reden wir von einer Transformation, die viel schneller gehen muss. Insofern ist eine gewisse Art von Radikalität – im Sinne von Mut – absolut notwendig. Gerade in der Wortbedeutung „zur Wurzel des Problems gehen“ ist der Fokus auf radikale Maßnahmen wichtig, weil wir ja die Ursachen der Probleme angehen wollen, die heute zur Klimakrise führen. In diesem Zusammenhang ist Radikalität für mich ein positiver Begriff. Ich bin aber ein bisschen vorsichtig in seiner Verwendung, weil er oft negativ geframed und auch gegen die Bewegung verwendet wird. Ich verwende ihn nur in Settings, wo schon vorher definiert ist, was damit gemeint ist. Wenn zu viel über radikalen Klimaaktivismus geredet wird, besteht die Gefahr, dass sehr viele Menschen damit gewaltvollen Klimaaktivismus verbinden. Mir und vielen Teilen der Bewegung ist es wichtig zu betonen, dass wir friedlichen Protest machen, und wenn wir zivilen Ungehorsam einsetzen, dann *friedlichen* zivilen Ungehorsam.

Interview mit Lena Schilling

Theresa Adamski: Wie geht es dir und was bewegt dich gerade?

Lena Schilling: Mir geht es ehrlicherweise durchwachsen, weil mich derzeit verschiedene Krisensituationen, fehlende Strategien von Akteur*innen und fehlende Strategien auch in der Klimabewegung beschäftigen.

Adamski: Was sind deine aktuellen Projekte?⁸

Schilling: Einerseits ist der Kampf um den Lobautunnel noch nicht geschlagen. Sorgen macht mir, dass Ministerin Leonore Gewessler⁹ ab Herbst/Winter 2024 vermutlich nicht mehr im Amt sein wird und die nächste Wahl schneller kommt, als wir denken. Auf der anderen Seite ist mein Hauptprojekt gerade die Kommunikation. Nach vier Jahren Klimabewegung, wo in 150 Ländern Millionen Menschen auf die Straße gegangen sind, stellt sich die Frage, warum sind wir, gerade wenn es um *policies* geht, noch nicht weiter. Meine *theory of change* wäre, wir können die Welt nur mit demokratischen Mehrheiten gewinnen. Deswegen versuche ich, Mehrheiten zu organisieren und in Räume zu gehen, wo Leute noch nicht meiner Meinung sind, um mit ihnen darüber zu reden.

Adamski: Was sind diese Räume zum Beispiel?

Schilling: Aktuell schreibe ich eine Kolumne für die *Kronen Zeitung*¹⁰ und sitze regelmäßig in verschiedenen TV-Formaten. Das ist für mich als Linke manchmal schwierig, das Wichtigste ist aber, dass wir nicht aufhören, miteinander zu reden und zu diskutieren.

Adamski: Das bringt mich zur Frage: eine Klimabewegung von wem und für wen? Du schreibst in deinem Buch Radikale Wende darüber, dass direkte Aktionen wie Straßenblockaden oft bei den Falschen ankommen, weil diejenigen, die von diesen Aktionen betroffen sind, nicht diejenigen sind, die Entscheidungen treffen. Also wer seid ihr – und wer sind diejenigen, die ihr überzeugen wollt?

Schilling: Die Klimabewegung ist weltweit relativ weiblich und, muss man sagen, relativ bürgerlich. Die Barriere, sich mit Themen wie Biodiversität und den kom-

8 Am 22. Jänner 2024 verkündete Lena Schilling ihre Kandidatur als Spitzenkandidatin der Grünen bei den EU-Wahlen 2024.

9 Seit Jänner 2020 Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie.

10 Das Boulevardblatt *Kronen Zeitung* ist die auflagenstärkste Tageszeitung in Österreich. Prozentuell auf die Einwohner*innenzahl umgelegt, ist sie die meistgelesene Tageszeitung der Welt.

plexen naturwissenschaftlichen Phänomenen der Klimakrise auseinanderzusetzen, ist sehr hoch. Das Spannende ist aber, dass ganz viele lokale Kämpfe an verschiedenen Orten stattfinden: Wir haben es beim Kampf um den Lobautunnel gesehen, in Deutschland gab es Anfang 2023 den Protest um Lützerath.¹¹ Frauenkollektive in Indien kämpfen gegen Coca-Cola und Stämme im Amazonas gegen die Abholzung von Regenwäldern durch Ölkonzerne. Die Klimabewegung ist eine komplexe Zusammensetzung von verschiedenen Gruppen. Wir können aber, glaube ich, sagen, dass sie weiblich ist. Ich habe kürzlich gelesen, dass siebzig Prozent der Klimaaktivist*innen Frauen sind. Wir haben offenbar Räume geschaffen, in denen frau sich wohlfühlt. Gleichzeitig haben wir es nicht geschafft, jene Leute aktiv mit einzubeziehen, die am meisten von der Klimakrise betroffen sind. Ich bin in der Klimapolitik aktiv, weil die Klimakrise eine soziale Frage ist. Weil die Klimakrise jene Menschen am meisten trifft, die am wenigsten dazu beitragen. Und umgekehrt verursachen die reichsten zehn Prozent die Hälfte der Treibhausgasemissionen. Das bedeutet ganz aktuell auch für Österreich, dass es diejenigen gibt, die die Probleme verursachen, und diejenigen, die darunter leiden. Das sind zum Beispiel Menschen, die in dicht bebauten städtischen Gebieten wohnen, wo es im Sommer sehr heiß wird. 2018 gab es in Österreich mehr Hitzetote als Verkehrstote. Das sind auch Menschen, die in schlecht gedämmten Wohnungen wohnen und im Winter höhere Energiekosten haben. Diese Menschen sollten wir in die Bewegung hineinholen. Da müssen wir als Bewegung auch andere Organisationsformen finden, und das ist die große Herausforderung: Wie organisieren wir viele Menschen, wie können wir glaubwürdig genug werden, damit Menschen uns vertrauen? Das ist eine Frage, die mich immer wieder beschäftigt.

*Adamski: Fridays for Future und auch andere Gruppen, die an der Klimabewegung beteiligt sind, verwenden häufig Begriffe wie Streik, Barrikaden, Umverteilung, „Bewegung von unten“, „es selbst machen“ usw. Das sind Begriffe, die auch bzw. zumindest ursprünglich in Arbeiter*innenbewegungen verwendet wurden. Inwiefern ist der Kampf für Klimagerechtigkeit auch ein Klassenkampf?*

Schilling: Das ist so, und gleichzeitig ist eine Verbindung von Klima- und Arbeiter*innenbewegung relativ schwierig. Ich arbeite viel mit Gewerkschaften und der Arbeiterkammer und wir überlegen uns gemeinsame Strategien. Im Kern gehen wir in vielen Fällen in dieselbe Richtung, gerade wenn es um Verteilungs- oder Vermögensfragen geht. Denn mit höherem Einkommen wächst auch der ökologische Fußabdruck. Es gibt aber konkrete Kampffelder wie den „Kultur-

11 Klimaaktivist*innen demonstrierten im Jänner 2023 gegen den Braunkohle-Abbau in der Region.

kampf Auto“, der ein gutes Beispiel dafür ist, dass die Bewegungen derzeit trotzdem noch nicht zusammenkommen, weil den Menschen jahrzehntlang eingeredet wurde, dass ihnen das Auto Freiheit gibt. Politische Systeme sind ja auch geprägt von Freiheits- und anderen großen Begriffen. Gleichzeitig denke ich, dass wir viel von der Arbeiter*innenbewegung lernen können, genauso wie von der Frauenbewegung. Wenn wir heute über zivilen Ungehorsam, Streiks und Blockaden reden, dann tun wir das mit dem Selbstbewusstsein zu wissen, dass Suffragetten Bilder nicht mit Tomatensuppe angeschüttet, sondern mit Äxten zerhackt haben. Wir verwenden diese Begriffe und Aktionsformen, weil wir auf eine historische Wende hinarbeiten. Dreißig Jahre lang haben wir brav demonstriert, die Grünen haben sich als Partei etabliert, aber das hat nicht gereicht, um die Klimakrise abzuwenden.

*Adamski: In deinem Buch ist mir folgendes Zitat aufgefallen: „Die großen Siege der Vergangenheit sind die Grundlage für unsere Erfolge in der Zukunft“. Im Buch kommen auch viele Vorbilder aus Frauenbewegungen, aus antirassistischen und Arbeiter*innenbewegungen vor, da fallen Namen wie Malcolm X, Alice Walker, Rosa Parks, Johanna Dohnal, Olympe de Gouges, Mariarosa Dalla Costa und viele andere. Was ist für dich das Kraftvolle daran, in die Vergangenheit zu blicken?*

Schilling: Es verdeutlicht, dass politische Systeme von Menschen gebaut sind, verändert wurden und immer wieder verändert werden (können). Wir tun oft so, auch im politischen Diskurs, als wäre unser politisches System ein Naturgesetz. Als gäbe es diese Regeln, diese Parteien und ein bestimmtes Wirtschaftssystem – und man könne nichts daran ändern. Das Schöne ist aber zu sehen, dass Geschichte von Menschen gemacht wird, von Bewegungen, von Menschen, die aufstehen, von Menschen, die sich widersetzen. Politische Systeme sind zwar durch Strukturen und andere Dinge geprägt, aber vor allem auch durch die Auseinandersetzungen in einer Gesellschaft. Es gibt Mut zu sehen, dass wir gesellschaftliche Bewegungen auch mitgestalten können. Gerade angesichts so großer Krisen fühlt man sich oft ohnmächtig und denkt sich: Was soll ich jetzt tun? Dann kann es hilfreich sein, in die Vergangenheit zu blicken, zu sehen, dass es sich auszahlt, mutig zu sein. Mut ist immer, die Bereitschaft zu scheitern, aber auch viel zu gewinnen. Und ich glaube, mit genau diesem Bewusstsein muss man auch in Kämpfe gehen, mit dem Bewusstsein, dass man tatsächlich etwas gewinnen kann.

*Adamski: Du hast vorhin über den Begriff der Freiheit gesprochen, der sehr stark vereinnahmt wird und ganz viele Bedeutungen hat. Ähnlich ist es auch mit dem Begriff der Radikalität, der in verschiedensten Kontexten verwendet wurde, aber auch sehr stark mit der Arbeiter*innenbewegung assoziiert ist. Dein Buch heißt nicht nur Radi-*

kale Wende, sondern du schreibst auch von einem „radikalen Kampf einer Generation“ für eine „radikaldemokratische und klimagerechte Gesellschaft“. Warum findest du den Begriff des Radikalen brauchbar, und was bedeutet der Begriff für dich?

Schilling: Radikal heißt im Wortsinn „von der Wurzel an“. Die Klimakrise ist die Ausformung von sehr vielen Krisen, die im Moment passieren. Wir sitzen gerade hier im Arkadenhof, wir sitzen unter einem Baum und, um mit einem Bild zu sprechen, wir können uns vorstellen, dass dieser Baum vollkommen verdorrt ist. Wir haben die letzten Jahrzehnte damit verbracht, einen Kübel mit grüner Farbe zu holen und die Blätter immer wieder anzumalen, damit niemand sieht, dass sie eigentlich schon verwelkt sind. Es fallen aber immer mehr Blätter ab und es wird immer klarer: Okay, das funktioniert nicht mehr. Jetzt könnten wir die Blätter weiter anpinseln oder den Baum mitsamt seiner Wurzeln umtopfen. Der Club of Rome hat schon vor 50 Jahren beschrieben, dass wir mit endlichen Ressourcen, den planetaren Grenzen, nicht unendliches Wachstum haben werden. Mit radikal sein meine ich, dass wir nicht so auftreten können wie Konservative und Rechte, die sagen: Wir müssen uns halt anpassen. Letztes Jahr haben durch die Flutkatastrophe in Pakistan 33.000 Menschen ihr Zuhause verloren, unzählige wurden verletzt und sind gestorben. Woran sollen wir uns anpassen? Wir sind schon an einem Punkt, wo es nur noch darum gehen kann, die Gesellschaft so umzustellen, dass nicht der Profit von Wenigen dazu führt, dass sehr viele darunter leiden – im globalen wie im regionalen Kontext. Allerdings ist der Begriff auch einer, den die Rechten verwenden. Die Phrase „Die Radikalisierung der Klimabewegung“ habe ich mittlerweile hunderte Male in verschiedenen Kontexten gehört. Das erste Mal, als der FPÖ-Politiker Norbert Hofer über „diese radikalisierten Klima-Kids“ gesprochen hat, als Fridays for Future auf die Straße gegangen ist. Mittlerweile ist Fridays for Future eher etabliert, aber auch bei Lobau bleibt oder der Letzten Generation kam wiederholt die Frage: Dürfen die das? Ist das erlaubt? Man kann von den Protesten halten, was man möchte, aber das Wort *radikal* vermag es klarzumachen, dass es eben tatsächlich um alles geht. Und deswegen verwende ich den Begriff gerne.

Adamski: Ist die Metapher mit dem Bepinseln und dem Neupflanzen auch eine Analogie für die Frage Reform versus Revolution, oder ist das eine Dichotomie, mit der du gar nichts anfangen kannst?

Schilling: Ich glaube, man braucht Reformen *und* Revolution: Wir werden unzählige Reformen brauchen und gleichzeitig wird es Transformationen geben. Etwa eine Transformation des gesamten Mobilitätssektors in Österreich. Verkehr ist der Sektor, in dem die Emissionen am meisten ansteigen. Wir haben 5,1 Millionen zugelassene Autos auf Österreichs Straßen. Seit 2019 ist jedes dritte neu zugelassene

Auto ein SUV; ein Trend, der vollkommen absurd ist. Wenn wir es schaffen, Österreich, wo der öffentliche Verkehr zwanzig Jahre lang abgebaut wurde, wo man zwanzig Jahre lang Straßen gebaut und Schienen abgerissen hat, weniger zu einem Auto-land zu machen, wäre das eine Revolution. Im Mobilitätssektor genau wie im Energiesektor wird es kleinere Revolutionen brauchen – und Reformen.

Adamski: Du hast vorhin von Pluralität gesprochen, ein, wie ich finde, beruhigendes Konzept. Pluralität heißt in diesem Kontext auch, dass es nicht eine große Utopie geben muss, über die sich alle einig sind und auf die alle gemeinsam hinarbeiten. Sondern dass es viele kleine Kämpfe gleichzeitig geben kann, die zwar schon in dieselbe Richtung arbeiten, aber die nicht unbedingt alle auf einer Schiene laufen müssen. Könntest du noch ein paar von diesen Kämpfen, die parallel stattfinden, beschreiben?

Schilling: Ich halte es für wichtig, dass wir uns als Bewegungen niemals für die halten, die mit dem moralischen Zeigefinger dastehen und sagen, unser Kampf ist der wichtigste und wir sagen euch jetzt, wie die Welt funktioniert. Das ist Blödsinn, ich will ja eine funktionierende Demokratie, in der viele Menschen mitdenken und partizipieren. Meine Vorstellung von einer Utopie wäre, dass man sich gemeinsam an einen Tisch setzt, ausgehend von kleinen Gemeinden, und das dann immer größer wird und man tatsächlich darüber redet, wie eine solche Utopie aussehen kann. Mein großer Wunsch ist, dass mehr Menschen die Möglichkeit haben mitzureden und mitzudenken. Einerseits hat Österreich ein sehr restriktives Staatsbürgerschaftsverfahren, viele hier lebende Menschen dürfen gar nicht wählen. Bei Wahlen ist die größte Gruppe Österreicher*innen, die nicht wählen gehen, die zweitgrößte sind Menschen, die nicht wählen dürfen. Die Bundesregierung ist nur von rund 36 Prozent der Menschen, die in Österreich leben, legitimiert. Daher ist die Demokratiedebatte sehr wichtig. Dann gibt es im Klimabereich die „kleineren“ Kämpfe wie Mobilität und Energie und gleichzeitig die großen internationalen, wo man um Abkommen kämpft oder an der nächsten UNO-Klimakonferenz teilnimmt. Das sind viele unterschiedliche Kämpfe, und alle davon sind wichtig. Außerdem ist es wichtig, dass wir die Kämpfe der Klimabewegung mit Kämpfen für soziale Gerechtigkeit verknüpfen, das heißt zum Beispiel auch Dinge wie Arbeitszeitverkürzungen zu fordern und in Kollektivvertragsverhandlungen zu gehen. Wir haben zum Beispiel mit der Vida¹² gemeinsam gestreikt, als sie den ÖBB-Streik organisiert haben. Diese Zusammenarbeit macht viele Möglichkeiten auf und gibt hoffentlich vielen Menschen die Chance, ebenfalls aktiv zu sein.

12 Österreichische Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft.

Adamski: Meine letzte Frage geht noch einmal zurück zu dem Zitat über die radikaldemokratische, klimagerechte Gesellschaft, in gewisser Weise doch eine Utopie. Auch wenn wir jetzt schon geklärt haben, dass wir einen gesamten Masterplan für die Zukunft ablehnen, vielleicht kannst du trotzdem noch einen kurzen Blick in die Zukunft wagen. Wie schaut die Welt aus, wenn die Kämpfe oder einige der Kämpfe gewonnen sind?

Schilling: Ich denke, und darüber wird in Betriebsräten bereits diskutiert, dass man in den Strukturen, wo Menschen schon organisiert sind, ihnen auch mehr Entscheidungsmacht über ihre Bereiche lässt und gleichzeitig Klimabildung etabliert, ein Aspekt, den man in allen möglichen Bereichen in Zukunft mitdenken sollte. Um einen Schritt weiterzugehen: Wir haben gesehen, was zum Beispiel ein Klimarat, in dem repräsentativ Menschen aus dem ganzen Land ausgesucht werden, bewirken kann. In Frankreich wurde gerade beschlossen, Kurzstreckenflüge zu verbieten und vieles mehr. Die Menschen sind viel weiter, als man denkt. Vonseiten der Politik wird es immer so dargestellt, als wüssten die Bürger*innen nichts, als müsste man für sie entscheiden. Das ist in meinen Augen der falsche Ansatz. Etablieren wir doch Räte, Energieräte, Klimaräte, wo die Menschen am Tisch sitzen und miteinander diskutieren und streiten, die nicht von oben eingesetzt sind, sondern höchstens vom Staat koordiniert werden und bindende Entscheidungen treffen. Dann würden wir zu sehr viel besseren Lösungen kommen, was wir ja auch an den partizipativen Projekten, die es schon gibt, sehen können. Man muss den Menschen zusprechen, dass sie mündige Bürger*innen sind und ihnen die materiellen Grundlagen dafür geben. Das ist wie Demokratie funktionieren sollte.